

Warum die Playstation plötzlich als sichere Plattform für Terroristen gilt

„Es ist sehr, sehr schwer für unsere Sicherheitsdienste, die mit Playstation-4-Konsolen durchgeführte Kommunikation zu entschlüsseln“, ließ Belgiens Innenminister Jan Jambon jüngst wissen. „Noch schwieriger als bei WhatsApp.“ Warum dem so sei?

Sony bietet Playstation-Nutzern ein abgeschlossenes System, versehen mit der einfachen Möglichkeit, private Gruppen einzu-

richten. Gleichzeitig können Spieler auf vielerlei Weise in Kontakt treten und etwa Nachrichten über das Playstation-Network (PSN) schicken, den Sprach-Chat verwenden oder sich überhaupt in Spielen Botchaften zukommen lassen.

Eine Meldung, derzufolge man nach den Anschlägen eine von Terroristen genutzte PS4 fand, wurde vorerst dementiert.



Im Visier der Geheimdienste: Sonys Playstation FOTOLIA



Die Staatengemeinschaft versucht, Tatkraft zu vermitteln, man verspricht eine „harte Antwort“ auf den Terror. Wie sollen wir reagieren auf die Entwicklungen?

KNEISSL: Zumindest hat man in der Zwischenzeit verstanden, dass in Syrien nicht nur ein großes Kriegsgebiet entstanden ist, sondern auch ein großes Übungsgelände für einen Terror, der näher rückt und auch Europa trifft. Gegen den wird man nur ankommen, wenn man auf nachrichtendienstlicher Ebene enger kooperiert. Dass dies zwischen Paris und Brüssel nicht funktioniert, ist völlig verständlich. Ich meine vor allem aber auch eine bessere Kooperation mit den Geheimdiensten aus dem Nahen Osten, auch

denen Syriens und des Irak. Das ist schwierig, aber es wird nicht anders gehen. Die Luftangriffe der Anti-IS-Allianz gibt es seit eineinhalb Jahren, aber offenbar sind sie halbherzig geführt worden. Die Geldströme des IS abzuschneiden, ist eine komplexe Angelegenheit: Die Jihadisten finanzieren sich ja nicht nur durch Überweisungen wohlhabender Geschäftsleute aus aller Welt oder aus dem Öl- und Drogenschmuggel, sondern auch aus Raub, Plünderungen und mafiaähnlichen Schutzgelderpressungen auf lokaler Ebene. Dazu kommt: Ein Anschlag wie jener in Paris, mit ein paar Kalaschnikows und Mietautos, kostet ja gar nicht so viel Geld. **INTERVIEW: NINA KOREN**

Kurz will islamische Kindergärten prüfen

Das gesamte Integrationsprogramm mit 50 Punkten wird morgen vorgestellt.

WIEN. Eigentlich hätte das Konvolut schon vor einer Woche präsentiert werden sollen. Das Gezerre um den Grenzzaun und dann der Anschlag in Paris haben die Veröffentlichung der 50 Punkte zur Integration durch den zuständigen Minister Sebastian Kurz verzögert. Vorab publizieren wir einen besonders wichtigen Punkt, die Vorschläge zum Kampf gegen Radikalisierung. Ausgearbeitet wurden die Punkte vom Vorsitzenden des Expertenrats für Integration, Heinz Fassmann, Vize-Rektor der Universität Wien.

Fassmann lässt derzeit die rund 150 islamischen Kindergärten in Wien untersuchen. Es gebe kein Register für islamische Kindergartenpädagoginnen und -pädagogen, keinen Nachweis für deren Deutschkenntnisse oder Qualifikation. Die Studie erhebt, welche erzieherischen Zielsetzungen die Betreiber verfolgen und welcher theologischen Richtung sie angehören.

Dienst für Gemeinschaft

Für Schulen schlägt der Integrationsplan vor, Schülern, die „radikales und rassistisches Verhalten im Schulalltag zeigen“, zur „Reflexion des eigenen Verhaltens“ Dienste für die Gemeinschaft abzuverlangen.

Auch Asylberechtigte und subsidiär Schutzberechtigte be-

zieht der Integrationsplan ein. Sie sollten über „Grundwerte des Zusammenlebens“ informiert werden, über Demokratie, Rechtsstaat, Gleichberechtigung von Mann und Frau. Politische Bildung müsste Pflichtfach werden. Gegen Organisationen mit islamistischem Hintergrund, die versuchen, Flüchtlinge anzuwerben, müsse verstärkt vorgegangen werden.

Dialog der Religionen

Zur Förderung eines Islams europäischer Prägung, der im Einklang steht mit der österreichischen Verfassung und europäischen Grundwerten, schlägt der Integrationsplan vor, den akademischen Diskurs und die innerislamische Debatte zu fördern. „Die Schaffung von islamisch-theologischen Professuren an den Universitäten kann dazu einen wichtigen Beitrag leisten.“ Außerdem plädiert er für einen Dialog aller „abrahamitischen Religionen“, also des Judentums, des Christentums, des Islams.

Das Islam-Portal des Instituts für Islamische Religionspolitik der Universität Innsbruck soll zur zentralen Internet-Plattform für die deutschsprachige Islamwissenschaft werden. Es soll als Gegenpol zu radikalen Quellen für islamische Religionslehrer und die interessierte Öffentlichkeit dienen.